

Konsequenzen des Urteils vom 8. März 2002 für die DDR-Forschung

Auswertung einer Umfrage der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Umgang mit den Stasiakten vom 8. März 2002 hat für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur weitreichende Konsequenzen. Viele aktuell in Arbeit befindliche Forschungsvorhaben zur DDR-Geschichte werden durch die derzeitige Rechtslage in Frage gestellt. Dies verdeutlicht das Ergebnis einer Umfrage der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Wissenschaftslandschaft, mit der nach den Konsequenzen des Urteils für konkrete Forschungsvorhaben gefragt wurde.

Institut für Zeitgeschichte – Außenstelle Berlin (Finckensteinallee 85-87, 12205 Berlin)

1. Projekt: Der Slansky-Prozeß (1952) und die SED, Bearbeiter: Jan Foitzik.
Akteneinsicht beim BStU wurde schon vor längerem beantragt; einige Akten konnten eingesehen werden, eine Sperrung der Akten wird erwartet.
2. Projekt: Die Zweite Berlin-Krise 1958-1961, Bearbeiter: Matthias Uhl.
Akteneinsicht über die Zusammenarbeit MfS-KGB in der Zweiten Berlin-Krise wurde beim BStU beantragt; es wurden noch keine Akten bereitgestellt. Ob sich die neue Regelung auswirkt, ist noch unklar.
3. Projekt: Biographie über Otto Grotewohl, Bearbeiter: Dierk Hoffmann.
Akteneinsicht wurde beim BStU beantragt; eine ganze Reihe von Akten wurde bereits eingesehen; eine Einschränkung des Aktenzugangs wird erwartet.
4. Weitere Projekte befinden sich in der Planungs- bzw. Anfangsphase; für diese wird die Einsichtnahme in BStU-Akten ebenfalls beantragt werden. Es handelt sich dabei um ein Projekt zu Mecklenburg-(Vor-)Pommern im 20. Jahrhundert: Lebenswelten im Systemwandel (1918-1960) sowie ein Projekt zur Außenpolitik der DDR.

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Zeppelinstr. 127/128, 14471 Potsdam)

Insgesamt muss festgestellt werden, dass das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 8.3.2002 und seine restriktive Auslegung auf die Herausgabe der Akten des BStU eine einschneidende Wirkung auf die wissenschaftliche Forschung und ihre Ergebnisse im Bereich der DDR-Geschichte haben wird. Wir sehen daher die Notwendigkeit einer umgehenden Reformierung des Unterlagengesetzes in absehbarer Zeit, damit die Projekte weder inhaltlich noch terminlich in Nachteil geraten.

Projekt I „Vom Luftschutz zur Zivilverteidigung“

1. Vom Luftschutz zur Zivilverteidigung. Zur Mobilisierung der DDR-Bevölkerung für die sozialistische Landesverteidigung (zugleich Diss. phil).
2. C. Heitmann, MGFA Potsdam
3. Anhand einer Organisationsgeschichte sollen erstmals die Strukturen, Aufgaben und Effekte des Luftschutzes und der Zivilverteidigung der DDR dargestellt werden. In einem weiteren Teil sollen dann Herrschaftsintentionen, politische und militärische Verantwortliche und die gesellschaftliche Einbindung der ZV untersucht werden. Die ZV war - gemessen an der Zahl ihrer (ehrenamtlichen) Mitglieder - die personalstärkste Organisation (bewaffnetes Organ) der DDR. Selbst die GSSD der Roten Armee verfügte nicht über soviel Personal. Da in der ZV Kader aus allen Teilen und Hierar-

chieebenen der Gesellschaft, der Politik und der Wirtschaft organisiert waren und dort gemeinsam Erfahrungen über das System der Landesverteidigung sammeln sollten, war diese Organisation für das MfS von Interesse. Die Dienstanweisung 3/71 des Ministers für Stasi regelte die Überwachung der ZV. Auffällig ist das überdurchschnittlich hohe Verhältnis von IM in der ZV. Während für die NVA etwa 1 IM auf 20 Soldaten kommt, bei den Grenztruppen 1 : 15, gilt für die ZV etwa 1:4,5!, d.h. das MfS hatte - bedingt durch das System der IM-Führung durch die verschiedenen HA und Dienststellen - ein sehr dichtes Bild von der ZV. Somit sind die MfS-Unterlagen hier eine erstrangige Quelle, zumal die ZV-eigenen Unterlagen der unteren Ebenen in den Wirren der Wende verlorengegangen sind (Bezirks- und Kreisebene). Somit sind die BStU-Unterlagen nicht nur eine eigenständige Quelle über das Innenleben, Stimmungen und Entscheidungsfindungsprozesse innerhalb der ZV, sondern zugleich auch Ersatzüberlieferung für verlorenes Schriftgut.

Projekt II „Quellenedition Sicherheitskommission“

1. Die Sicherheitskommission der SED. Protokolle und Dokumente zur Organisation von Landesverteidigung und innerer Machtsicherung in der DDR in den fünfziger Jahren [in Vorb.]
2. Jens Gieseke, BStU Berlin, und Armin Wagner, MGFA Potsdam
3. Im Rahmen des Projektes werden die Protokolle und ergänzende Dokumente der Sitzungen der sog. Sicherheitskommission der SED publiziert. Es handelt sich dabei um einen, wenn nicht den zentralen Quellenbestand zur Planung und Steuerung der inneren und äußeren Sicherheit der DDR in den fünfziger Jahren. BStU-Akten sind insbesondere zur Rekonstruktion von Strukturen und Sachzusammenhängen erforderlich, in zweiter Linie aber auch personenbezogene Unterlagen über Mitglieder des Arbeitsstabes der Kommission etc. Bei Sperrung der Strukturunterlagen wäre das Projekt massiv gefährdet, bei Sperrung nur der personenbezogenen Unterlagen in eingeschränkter Form jedoch realisierbar.

Projekt III „Quellenedition NVR“

1. Quellenedition NVR [noch kein genauere Titel] [Planungsphase]
2. Armin Wagner, MGFA Potsdam, und ein Mitarbeiter des IfZ, Außenstelle Berlin
3. Die noch in der Planungsphase befindliche Quellenedition soll die staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Mobilisierungsvorbereitungen der DDR von 1960 bis 1989 aufgrund ausgewählter Quelle u.a. des Nationalen Verteidigungsrates darstellen. Sie berücksichtigt auch sowjetische Einflüsse und Entwicklungen und bezieht deshalb Quellen aus sowjetischen und möglicherweise anderen osteuropäischen Ländern ein.
Akten der BStU sind unverzichtbar für die Darstellung von Sachzusammenhängen und personalen Einflussnahmen. Auf der Grundlage der Erfahrungen von A. Wagner bei seinen Arbeiten zu einer inzwischen im Manuskript vorliegenden Monographie zum Nationalen Verteidigungsrat der DDR in den sechziger Jahren lässt sich feststellen, daß personenbezogene Akten für das Vorhaben unverzichtbar sind, u.a. als ergänzende Dokumente zur Publikation, aber auch für die geplante wissenschaftliche Einleitung in die Edition.

Projekt IV „Kampfgruppen“

1. Zwischen Werkbank und Schießstand. Eine Geschichte der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR 1953-1990 [Monographie, in Vorb.]
2. Armin Wagner, MGFA Potsdam
3. Das Buch soll eine Geschichte der sog. Betriebskampfgruppen in der DDR werden. Gerade für die gewählte Perspektive „von unten“ muss dieses als Erfahrungs- und Alltags-, nicht als Organisations- oder Institutionengeschichte angelegte Projekt in unverzichtbarer Weise auf BStU-Unterlagen zurückgreifen. Ohne sie ist eine Verwirklichung nur sehr eingeschränkt möglich. Das Projekt befindet sich in einer weit fortgeschrittenen Phase der Recherche.

Projekt V „Armee des Volkes“

1. "Armee des Volkes?" Zum Verhältnis von Armee und Gesellschaft in der DDR 1956-1988
2. Dr. Matthias Rogg, Militärgeschichtliches Forschungsamt
3. Die Frage des Verhältnisses zwischen den Streitkräften und der Bevölkerung in der DDR ist unbestritten ein Forschungsdesiderat. Während einzelne Schnittflächen zwischen militärischer und ziviler Gesellschaft bereits recht gut erforscht sind (Wehrerziehung, GST) oder in laufenden Projekten bearbeitet werden (Alltag in der NVA, Verweigerungsmuster, Rolle der Zivilverteidigung) wurden wichtige Aspekte von der Forschung bislang nicht betrachtet. Im Projekt "Armee des Volkes" wird dabei zuerst nach dem Selbstverständnis und der Selbstdarstellung der Streitkräfte gefragt (Traditionsverständnis, Rolle der Kulturkräfte in der NVA, Wehrpolitische Öffentlichkeitsarbeit). In einem zweiten Schritt werden Berührungspunkte zwischen militärischer und ziviler Lebenswelt exemplarisch untersucht (Militärischer Alltag im hermetischen System der Kaserne, Lebenswirklichkeit von NVA-Soldaten und deren Angehörigen am Standort, Einsatz von Soldaten in der Volkswirtschaft). Auf der Grundlage der vorgenannten Untersuchungen soll schließlich in einem dritten und vierten Schritt die wechselseitige Wahrnehmung des Militärs in der Zivilbevölkerung und umgekehrt betrachtet werden. Neben Stimmungsberichten und Eingaben (PHV des MfNV) sowie Meinungsumfragen (ZfJ, MfI beim ZK) spielen die Meldungen und Auswertungen der Staatssicherheitsorgane innerhalb der NVA (Verwaltung 2000) eine zentrale Rolle. Um die Frage der Wahrnehmung und Akzeptanz der NVA innerhalb der Gesellschaft beantworten zu können, ist der Aktenbestand der "Verwaltung 2000" beim BStU daher von großer Bedeutung.

Projekt VI „Gewissen versus Gehorsam“

- 1: Gewissen versus Gehorsam – Verweigerungsmuster und nonkonformes Verhalten sowie deren Verfolgung in den Streitkräften der DDR 1949 bis 1990
- 2: Dr. Torsten Diedrich, Dr. Hans Ehlert, Dr. Rüdiger Wenzke MGFA Potsdam
- 3: Im Mittelpunkt der Forschungsarbeiten stehen die Untersuchung von politischer Opposition und nonkonformem Verhalten in den bewaffneten Organen der DDR, die Aufhellung von oppositionellen politischen Aktivitäten von Bürgern gegen Militär und Militarisierung in der DDR sowie die Me-

thoden und Formen der Verfolgung und Disziplinierung des widerständigen Verhaltens durch die Repressivorgane des Staates, der Partei und der NVA.

Die Forschungen sollen erstmals auf der Basis einer breit angelegten Quellenrecherche einen wissenschaftlich fundierten Überblick über Formen und Ausprägung von politisch motivierten Verweigerungsmustern und deren Verfolgung innerhalb und außerhalb des DDR-Militärs vermitteln. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Ausnahmesituationen 1953, 1956, 1961 bis 1963, 1968, 1980/81 und 1989/90.

Die Unterlagen der BStU sind für die Forschungen von großer Bedeutung. Zum einen bilden sie eine Grundlage zur Feststellung und Untersuchung nonkonformer Kräfte und Verhaltensweisen in der Truppe sowie im nichtmilitärischen Bereich. Zum anderen ermöglichen nur diese Unterlagen (z.B. HA I, Ermittlungsakten usw.) die Darstellung des Systems der Überwachung, Kontrolle und Verfolgung durch das MfS in der NVA.

Projekt VII „Geschichte der NVA“

1. Grundlagenforschung: Die NVA als Koalitionsarmee in Staat und Gesellschaft der DDR in der Ära Ulbricht von 1956 bis 1971.
2. Bearbeiter: Dr. Torsten Diedrich und Dr. Rüdiger Wenzke
3. Die Untersuchung umfasst alle Bezüge zwischen Staat und Armee innerhalb der politischen Rahmenbedingungen im angegebenen Zeitraum. In der durchherrschten Gesellschaft spielt das MfS sowohl bei der Militarisierung der DDR als auch in den Streitkräften und bewaffneten Organen direkt eine wesentliche Rolle. Ohne die Akten des BStU können weder Aussagen zur MfS-Organisation in der NVA (Verw. 2000) noch zu dessen Rolle bei der Personalüberprüfung, der Kontrolle von Streitkräften und Rüstungswirtschaft, der Einflussnahme auf die Militärjustiz sowie insgesamt bei der Überwachung des Sicherheitsapparates und der Ausgestaltung des Systems der Landesverteidigung gemacht werden.

Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Am Neuen Markt 1, 14467 Potsdam)

Im ZZF stützen sich nach einer ersten Übersicht mindestens 12 Projekte auf Sichtung und Auswertung von Unterlagen der Staatssicherheit, das ist knapp die Hälfte der Forschungsprojekte, die am ZZF überhaupt durchgeführt werden.

Der Erfolg der Projekte wird durch das Urteil und seine gegenwärtige Umsetzung durch die BStU-Behörde in unterschiedlichem Umfang beeinträchtigt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stellt sich die Lage so dar, daß bereits vorliegende Akten nicht eingesehen werden können, da sie nunmehr alle kopiert und in weit höherem Umfang als zuvor geschwärzt werden müssen. Akteneinsicht im Archiv der BStU-Behörde ist seit dem 11. März 2002 entweder gar nicht oder nur noch eingeschränkt möglich.

Projektbearbeiter/inne/n wurde mitgeteilt, daß die nunmehr erforderlichen Kopierarbeiten und Schwärzungen sehr lange dauern können, da die technischen Möglichkeiten und die Personalkapazität in der Kopierstelle der Gauck-Behörde nicht ausreichen. Der Arbeitsaufwand sei jetzt so hoch, daß mit wochen-, vermutlich sogar monatelanger Wartezeit zu rechnen sei.

In welchem Maße und ob überhaupt die Auswertung der dann noch ausgereichten Akten wissenschaftlich ertragreich ist, ist zur Zeit nicht absehbar.

Vom Urteil des Bundesverwaltungsgerichts und seiner Umsetzung betroffene Projekte des ZZF:

Projektbereich I:

Berlin und sein Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt

Leiter: Michael Lemke

Christopher Winkler: Die Militärverbindungsmissionen der drei Westmächte in Berlin-Brandenburg im Spiegel ostdeutsch-sowjetischer Interessen (1946-1971)

Daniel Schwane: Konflikt und Deeskalation im Kalten Krieg. Berliner Entspannungsinitiativen 1948-1971

Thomas Klein: Opposition in der DDR und die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung 1979-1989 im Raum Berlin

Bernd Gehrke: Illegale antistalinistische Opposition in der DDR der 70er Jahre in Berlin/Brandenburg

Leonore Ansorg: Politische Häftlinge im Strafvollzug der DDR: die Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden in vergleichender Perspektive

Projektbereich II:

Sozialismus als soziale Frage

Leiter: Peter Hübner

Jennifer Schevardo: Preisbildung und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre

Renate Hürtgen: Vertrauensleute im FDGB der 1970/1980er Jahre – „Funktionslose Funktionäre“ der Gewerkschaft?

Projektbereich III:

Ideologien und Mentalitäten im Kalten Krieg

Leiter: Thomas Lindenberger

Christine Bartlitz: Medienarbeit der Katholischen Kirche in Deutschland im Kalten Krieg

Bernd Stöver: „Zwischen den Fronten des Kalten Krieges“. Übersiedler und Überläufer in die DDR in den 50er und 60er Jahren

Patrice Poutrus: Die „Polit-Emigranten“: Eine sozialhistorische Studie zu Fremde und Fremdsein in der DDR

Christian Müller: Die Wahrnehmung der sowjetischen Streitkräfte in der ostdeutschen Bevölkerung

ZZF/Deutschlandfunk/Bundeszentrale für politische Bildung

Kooperations-Projekt „Der 17. Juni 1953“ (multimediale Website)

sowie

ZZF/BStU Außenstelle Potsdam/Brandenburgisches Landeshauptarchiv/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung

Kooperations-Projekt „Der 17. Juni 1953 in Potsdam“

Bearbeiter: Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle

Einzelne Projektmeldungen

1. **Die Schriftstellerpolitik der SED in den Jahren 1946 bis 1965**
 2. Dr. Beate Ihme-Tuchel (Wiss.Ass.), Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Historische Grundlagen der Politik, Ihnestraße 22, 14195 Berlin
 3. Ich untersuche die Politik der SED gegenüber der künstlerischen Intelligenz - und hier insbesondere gegenüber Schriftstellern und Schriftstellerinnen. Welcher Methoden bediente sich die Staatspartei, um diesen Personenkreis zur aktiven Mitgestaltung am Projekt des "sozialistischen Aufbaus" in der DDR zu gewinnen? Welche Position sollten Literaten und Literatinnen im "neuen Deutschland" einnehmen? Wie reagierten "die Schriftsteller" auf diese Herausforderung? Waren die Maßnahmen der SED erfolgreich? Können "die" Schriftsteller und Schriftstellerinnen als "Dichter im Dienst" bezeichnet werden? Dies sind nur einige der Fragen, die ich in diesem Projekt untersuche. Dass zur Beantwortung vor allem der letzten Frage - wie nämlich Schriftsteller und Schriftstellerinnen auf die Forderungen und Zumutungen der SED reagierten, die ja auch mit einer starken Aufwertung ihrer Position als "Fürstenberater", "Sprachrohr der Stummen" und als "Gegenöffentlichkeit" einher ging -, die Unterlagen der Staatssicherheit von aller größter Bedeutung sind, liegt auf der Hand.
-
1. **Einflussnahme des MfS auf das Institut für Lehrerbildung (IfL) in Weißenfels, 1959 bis 1989**
 - 2: Dr. Manfred Peters, c/o Zeitgeschichte(n) e.V., Große Ulrichstr.51, 06108 Halle (Saale),
 3. Es soll untersucht werden, in welchen Arbeitsbereichen des IfL, d.h. Leitungstätigkeit, Lehre, außerunterrichtlicher Bereich, Verfahren bei der Aufnahme von Studentinnen und Studenten, vormilitärische Ausbildung, Parteien und Organisationen, Verwaltung und technischer Bereich das MfS wirksam war, welcher konspirativer Methoden sich das MfS dabei bediente und in welchem Ausmaß es dabei von Mitarbeitern des IfL unterstützt wurde. Im Ergebnis soll ein zeithistorischer Beitrag zur Veröffentlichung in einer Broschüre entstehen.
-
1. **Sorbenpolitik in der DDR - die Rolle der Kirchen in Bezug auf ethnische Identität.**
 2. Dr Peter Barker, Centre for East German Studies, University of Reading, Whiteknights, Reading, RG6 6AA, Großbritannien
 3. Ich untersuche die Kirchenpolitik der beiden großen Kirchen, um festzustellen, inwieweit sie die ethnische Identität der Sorben unterstützt bzw. unterwandert haben. Das wird eine vergleichende Studie sein, Katholische/Evangelische Kirche, und die Stasi Unterlagen sind sehr wichtig, weil Zugang zu den kirchlichen Archiven, besonders zu den privaten Archiven, manchmal schwierig sein kann. Ich bin mitten in meinem Forschungsprojekt und war für den 15. April im Stasi-Archiv ange-

meldet. Ich habe eben einen Brief vom Archiv bekommen, in dem mir mitgeteilt wurde, dass mein Besuch verschoben werden muss. Ich habe mit der Mitarbeiterin im Archiv gesprochen, und sie hofft, dass es später möglich sein wird, die Akten einzusehen, die schon für mich vorbereitet worden sind. Das Problem ist, dass man auf das schriftliche Urteil wartet. Mein Problem ist, dass, obwohl das IM Akten sind, es auch Unterlagen über z.B. Bischöfe gibt, die von der neuen Situation betroffen sind.

1: Künstlerische Selbstbehauptung im geteilten Deutschland. Leben und Werk von Roger Loewig (1930-1997)

2: Frau Ulrike Abel, Dielmannstraße 54, 63069 Offenbach

3: Meine Dissertation behandelt das Leben und Werk des bis 1972 in der DDR lebenden, nonkonformen Künstlers Roger Loewig, der zu Beginn der sechziger Jahre wegen seiner künstlerischen Äußerungen zur Mauer und einer geplanten kritischen Schrift zur Realität in der DDR verhaftet und der erst durch Freikauf nach einem Jahr entlassen wurde. Ein Teil der Arbeit befaßt sich mit den Umständen dieser Verhaftung, den Verhören und den mit der Haft einhergehenden Konfiszierungen von Teilen von Loewigs Werk, wie sie in den Akten des MfS festgehalten sind. Diese Akten sind Teil der Bestände in der BStU und bedürfen einer Aufarbeitung, um einerseits Details der Künstlerbiografie zu klären, vor allem aber, um anhand dieses Einzelfalls den Umgang des MfS mit Kunst und mit nonkonformen Verhalten von Künstlern zu erhellen. Auch soll versucht werden, den Verbleib von einigen bis heute als verschollen geltenden Werken von Loewig auf diesem Wege zu klären.

Ich habe den Antrag auf Einsicht der Akten Ende letzten Jahres gestellt, und bisher war mir zugesagt worden, daß ich Anfang Mai Einsicht in die Akten nehmen könnte. Mit der mir zugeteilten Sachbearbeiterin habe ich bisher nur telefoniert. Sie zeichnet sich durch großes Interesse am Thema aus - so besuchte sie zwischenzeitlich das Roger Loewig Archiv in Berlin. Sie teilte mir letzte Woche mit, daß sich mindestens vier Wochen lang nichts tun würde. Wie es danach weitergehen würde, konnte sie mir verständlicherweise nicht sagen. Man muß dabei bedenken, daß es sich bei Loewig um einen Sonderfall handelt, da der Künstler nicht mehr lebt, es aber auch keine lebenden Nachkommen gibt, die eine Zustimmung zur Akteneinsicht geben könnten. Die Erbin des Werkes ist die Roger Loewig Gesellschaft. Inwieweit ihre Einwilligung reichen würde, konnte bisher als Fragestellung angerissen, aber nicht geklärt werden.

Da ich nur noch in diesem Jahr mein Stipendium von der Stiftung Aufarbeitung erhalte, stehe ich also unter großem Druck, daß mein Antrag baldmöglichst bearbeitet wird, bzw. ich überhaupt Akteneinsicht erhalte.

1. Studentische Politik an der Ludwig-Maximilians-Universität München in den 1960er Jahren

2. Name und Anschrift des Doktoranden ist der Stiftung Aufarbeitung bekannt.
3. In der Dissertation soll die studentische Politik an der LMU München vor dem Hintergrund der entstehenden 68er-Bewegung untersucht werden. Eine nicht unwichtige, wenngleich nicht absolut zentrale Fragestellung dabei ist auch, welche Rolle die "Westarbeit" der DDR bei der Entstehung der studentischen Linksbewegung in München gespielt hat. Von konservativer Seite sind hier oft Mutmaßungen über weitreichende Steuerungen zu hören. Von ehemaligen 68ern wird das Problem zumeist völlig abgestritten. Neben Unterlagen des BStU spielen hier auch Akten in anderen Archiven (v.a. in Thüringen, hinsichtlich der Kontakte der FDJ zur LMU München) eine Rolle, die glücklicherweise nicht von dem Urteil betroffen sind und wegen der abgelaufenen 30-Jahres-Frist zumeist schon einsehbar sind. Von meinem (sehr freundlichen und hilfsbereiten) Sachbearbeiter im BStU ist mir bislang mitgeteilt worden, daß ich nun wohl Akten zu meinem Thema nur verwerten darf, wenn zuvor die "Betroffenen" ihr Einverständnis gegeben haben. Unklar ist noch, ob eine Einsichtnahme meinerseits aber doch auch möglich ist, wenn ich versichere, daß die Persönlichkeitsrechte gewahrt bleiben (also analog zur Vorgehensweise in anderen Archiven, die Verwaltungsakten nach Ablauf der 30 Jahresfrist zwar vorlegen, aber sich wegen der Schutzrechte lebender Personen per Erklärung des Benutzers rückversichern). Es wäre in jedem Fall wichtig für mich, daß ich bei vorgelegten Dokumenten auch die Namen der erwähnten Personen einsehen kann, selbst wenn ich hinterher nur anonymisiert aus den Akten zitiere. Andernfalls, bei vorheriger Schwärzung o.ä., verlieren die Akten einen Großteil ihres Quellenwertes.

1. Stasi Intelligence on NATO and Warsaw Pact

2. Parallel History Project on NATO and Warsaw Pact, Woodrow Wilson International Center, c/o Research Group on the Stasi Archives, Dr. Bernd Schaefer, German Historical Institute, 1607 New Hampshire Ave., NW, Washington, DC 20009
3. Das Forschungsvorhaben beantragt Sachakten und personenbezogene Akten des MfS (IM-Akten von NVA-Offizieren, Akten zu militaerischen Funktionstraegern in NATO und Warschauer Pakt/Personen der Zeitgeschichte), vornehmlich Bestaende der HV A sowie des SDM und der AGM. Die Akten sind von grosser Bedeutung, belegen sie doch den hohen Grad der Penetration von NATO, Bundesregierung und Bundeswehr durch die Dienste der DDR und somit den Kenntnisstand der Fuehrung in Moskau ueber Strategie, Planung und Ausruestung der NATO in einem Spannungsfall. Sie erlauben eine Einschaeztung von Bedrohungsstrategien und gegenseitigen Bedrohungseinschaetzungen durch die militaerischen Buendnisse. Da die Aktenbestaende haeufige Erwaehnungen von Personen der Zeitgeschichte aus West und Ost aufweisen, waere die Einschraenkung ihrer Nutzung fuer die internationale Forschung aeusserst aergerlich und wuerde den bisherigen Vorbildcharakter der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Oeffnung von Akten erheblich beschaedigen.

1. Die Evangelische Kirche in der DDR und die Ausreisebewegung der 70er und 80er Jahre

2. Carsten Dippel, c/o Prof. Dr. Christoph Kleßmann bzw. Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Universität Potsdam, Historisches Institut, Am Neuen Palais 10, 14415 Potsdam
3. Zentrales Anliegen meiner Forschungsarbeit ist die Frage nach dem Verhältnis der Evangelischen Kirche zur Ausreisebewegung, wobei sowohl nach dem Verhalten gegenüber Antragstellern, die sich an die Kirche wandten als auch nach der Einstellung gegenüber ausreisewilligen kirchlichen Mitarbeitern gefragt wird. Die Ambivalenz, zugleich Interessenvertretung für staatlich Diskriminierte aber auch entschiedener Gegner der Intention der Antragsteller zu sein, führte sie selbst in das Spannungsfeld zwischen loyaler Haltung zum SED-Staat einerseits und staatlicher Repression andererseits. Eine Zuspitzung ergab sich daraus auch in der Beziehung zu den kirchennahen oppositionellen Gruppen. Da mit dieser Problematik ein Kernbereich der Staat-Kirche-Beziehung angesprochen ist, spielt die Frage nach den Einwirkungsmöglichkeiten der SED, des MfS sowie anderer staatlicher Organe auf die kirchliche Praxis im Umgang mit der Ausreisebewegung eine erhebliche Rolle. Für meine Forschungsarbeit kommen daher auch Bestände der BStU in Betracht, hier vor allem der ZAIG, der ZKG sowie der HA XX/4. Der Schwerpunkt meiner Recherche liegt derzeit jedoch auf den verschiedenen landeskirchlichen Archiven, BStU und andere staatl. Archive sind später geplant. Nach Auskunft eines Mitarbeiters der BStU werden die Nachwirkungen des Kohl-Urteils (bzw. der ungewisse Ausgang) auch Relevanz für mein Thema haben. Inwieweit sich dies direkt auf meine Recherche auswirken wird, bleibt noch abzuwarten.

1: Modernisierung oder Herrschaftssicherung? Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR

- 2: Jens Schöne, Wildenbruchplatz 7, 12045 Berlin; Betreuer: PD Dr. Arnd Bauerkämper (ZVGE, FU Berlin)
- 3: Im Rahmen des Dissertationsprojektes wird der Zugriff der SED auf die ländliche Gesellschaft während der 1950er Jahre untersucht, der sich vor allem in der Kollektivierung manifestierte. Ursachen und Voraussetzungen dieses Prozesses sollen dabei ebenso analysiert werden wie dessen Verlauf sowie die Ergebnisse und die sich daraus ergebenden sozioökonomischen Folgewirkungen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, welche Bedeutung der Kollektivierung im Rahmen der Herrschaftsdurchsetzung bzw. -sicherung der SED zukam.

Relevante Bestände der BStU:

Da die Rolle des Ministeriums (bzw. des Staatssekretariates) für Staatssicherheit bei der „sozialistischen Umgestaltung“ der Landwirtschaft bisher noch nicht untersucht worden ist, handelt es sich hierbei um zeitaufwendige Recherchen, die sich noch im Anfangsstadium befinden. Über die an zentraler Stelle erarbeiteten Befehle, Berichte, Dienstanweisungen u.ä. (BdM, ZAIG, HA III) und die daraus resultierenden Linien hinaus lassen sich relevante Bestände daher noch nicht explizit benennen. Allerdings ist eines bereits deutlich geworden: Das Wirken des MfS im Rahmen der Kollektivierung war sehr viel umfassender als bisher angenommen, und daher wird es notwendig sein,

weitaus mehr Bestände zu berücksichtigen, als dies ursprünglich notwendig erschien. Dies gilt insbesondere für die Tätigkeit des MfS unterhalb der Zentralebene.

Auskunft der BStU hinsichtlich des weiteren Aktenzuges:

Die Auskünfte der BStU entsprechen im wesentlichen dem Inhalt des Schreibens der Behörde vom 15. März 2002. Der Zugriff auf personenbezogene Akten ist zunächst gänzlich ausgesetzt, andere Akten sind u.U. (wenn überhaupt) nur nach umfangreichen Schwärzungen einsehbar.

Allgemein gilt: Aufgrund des Urteils und der dadurch ausgelösten Verunsicherung hat sich der Zugang zu den Akten schon jetzt wesentlich verschlechtert und die dafür zu veranschlagende Zeit deutlich erhöht.

- 1: **DFG-Forschungsprojekt: „Die pädagogische Konzeption der Schule der Freundschaft in Staßfurt“**
- 2: Mitarbeiter: Projektleitung: Prof. Dr. Lutz R. Reuter (Universität der Bundeswehr Hamburg), Prof. Dr. Annette Scheunpflug (Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg), Hauptmitarbeiter: Dr. des. Matthias Bopp,
Kooperationspartner: Prof. Dr. Mathias Tullner (Otto von Guericke-Universität)
Förderbeginn: Mai 2001
Kontakt: Prof. Dr. Lutz Reuter, Universität der Bundeswehr Hamburg, FB Pädagogik
- 3: **Kurzbeschreibung:** Im Rahmen der Zusammenarbeit der DDR mit Staaten Afrikas besuchten von 1978 bis 1998/1990 ca. 900 mosambikanische und ca. 400 namibische Schülerinnen und Schüler Spezialschulen mit angeschlossenen Internaten in Staßfurt und Bellin. Aufgabe des Forschungsvorhabens ist es, dieses in Form und Umfang singuläre Experiment der Bildungshilfe geschichtlich aufzuarbeiten, zu dokumentieren und in seinem politisch-strukturellen Kontext zu verorten. Ein Schwerpunkt ist dabei die Untersuchung der Beziehungen der Schule der Freundschaft mit dem Bildungswesen, der SED und dem Staatssicherheitsdienst der DDR. Hierzu werden u.a. Akten im Bundesarchiv in Berlin und in Landesarchiv Magdeburg herangezogen.

Bestände: Die Schule der Freundschaft war eine Spezialschule mit hoher außenpolitischer Bedeutung und somit ein wichtiges Aktionsfeld der Staatssicherheit der DDR. Von daher ist für das Projekt der Zugang zu allen einschlägigen sach- und personenbezogenen Akten der BStU von großer Wichtigkeit.

Auskunfts-lage: Gegenwärtig (Stand 15.3.2002) könne der Forschungsantrag nicht weiter bearbeitet werden. Zunächst sei eine interne Klärung der neuen Rechtslage abzuwarten. Für den Vorgang dieses Projektes ist es von Wichtigkeit, dass der bisher übliche Aktenzugang im Archiv der Bundesbeauftragten nicht wesentlich eingeschränkt wird. Wir sind deshalb über die gegenwärtige Ent-

wicklung beunruhigt und sehen den weiteren Verlauf unserer Arbeit im Hinblick auf die Rekonstruktion der Verbindung der Schule der Freundschaft mit der Staatssicherheit der DDR gefährdet.

1: SED-/MfS-Finanzgebaren als Bestandteil des repressiven DDR-Systems

2: Reinhard Dobrinski, Dr. Wolfgang Ullmann, FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e. V.,
Ruschestraße 103 (Haus 1), 10365 Berlin

3: a) Stellung des MfS im Haushalts- und Finanzsystem der DDR; Konspiration der Haushaltsplanung/-abrechnung des MfS in Mark/Valutamark, MfS als Bank- und Kreditinstitut beim Betreiben der SED-/MfS-Sparkassen „6612“ im Zusammenwirken mit der HA I der Staatsbank der DDR, MfS als Untersuchungsorgan und Vollstrecker von Verwirklichungsersuchen der DDR-Gerichtsbarkeit (Konfiskation), Transaktion des MfS und des MdFP im Dez. 1989/Jan 1990 zur Verschleierung der Herkunft konfiszierter Schmuck- und Wertgegenstände sowie Briefmarken, Silberbarren u. a.; Mitwirkung des MfS an der Erarbeitung der Grundlagen für den Kunst- und Antiquitätenexport in das sog. NSW, Kriminalisierung von DDR-Bürgern mit dem Ziel des Zugriffs auf Kunst-, Münz-Briefmarkensammlungen und Wertgegenständen; MfS als Wirtschaftsorgan (nachgeordnete VEB) und Grundstücksbesitzer (das Modrow-Gesetz vom 8.3.90 als Weg zum Eigenheim für MfS-Offiziere)

Auswirkungen des Urteils: Hierzu liegt ein Schreiben der BStU vom 14.3.02 vor, dass die Akteneinsicht unter den derzeitigen Bedingungen regelt. Problemlos ist diese dann, wenn es sich um „reine“ Sachakten handelt.

Problembehaftet bis zum Stillstand betroffen sind Recherchen, wenn Namensnennungen in den Akten erfolgen. Dies betrifft gegenwärtig einen OV, der eine dubiose Schenkung von 2 Goldbarren an das MfS aufweist. Goldbarren sind in mehreren MfS-Ermittlungsverfahren der 70er Jahre Begleiterscheinung und die Zusammenhänge um Herkunft und Verbleib Rechercheziel.

b) Vertretung von Betroffenen in der Wiederaufnahme von Rehabilitierungsverfahren gemäß § 359 StPO:

In diesen Fällen stellt die Akteneinsicht kein Problem dar, da die Rehabilitierungs-/Wiederaufnahmeverfahren sich seit 10 Jahren hinziehen und die Einsicht bereits erfolgte. Aktuelle Aktenfunde würden jedoch behindert sein. Das FORUM vertritt die Betroffenen gemeinschaftlich mit RA nach Nicht- bzw. Teilrehabilitierungen. Die Verfahren stehen mit a) in einem Zusammenhang, da „Zoll- und Devisenverbrechen, Steuerverkürzung“ den Straftatbestand bilden und MfS/Zollfahndung als Untersuchungsorgane ausgewiesen sind. Rechtsbeugung im Ermittlungs- und Strafverfahren sind offenkundig, aber nach Auffassung der Rehabilitierungsgerichte und Staatsanwaltschaften in Brandenburg und Sachsen-Anhalt noch rechtsstaatlich hinnehmbar. Die Übernahme derartiger Vertretungen in aktuellen Fällen wäre mit erheblichen Behinderungen verbunden, da Anonymisierungen Verständnisprobleme auslösen würden.

1: Opposition und Repression. Der Funktionswandel der Untersuchungshaft in der Strategie des MfS am Beispiel der Berliner Untersuchungshaftanstalten in der Honecker-Ära (Dissertationsprojekt)

2: Katrin Passens, Schönhauser Allee 127 a/II, 10437 Berlin, Betreuer: Prof. Dr. Peter Steinbach

3: Die Anwendung von Repressionsmaßnahmen durch das MfS hat die Entwicklungsbedingungen von Opposition in der DDR wesentlich mitbestimmt. Die Inhaftierung durch das MfS stellte in diesem Zusammenhang einen elementaren Bestandteil der SED-Herrschaftssicherung dar. Im Dissertationsprojekt wird das Repressionsinstrument MfS-Untersuchungshaft in einer politikwissenschaftlichen Analyse untersucht. Gefragt wird nach den Intentionen und Strategien des MfS, in deren Rahmen die Untersuchungshaft angewandt wurde. Die Untersuchung umfasst die Ära Honecker und ist fokussiert auf Berlin. Ziel der Analyse ist es, zentrale Aussagen über die intendierten Funktionen der MfS-Untersuchungshaft im Gesamtkontext des SED-Herrschaftssystems zu treffen. Die Untersuchung stellt so einen zentralen Beitrag zur Erforschung der konkreten Entwicklungsbedingungen von Opposition gegen das SED-Regime dar.

Bestände der BStU, die für das Dissertationsprojekt von zentraler Bedeutung sind: HA IX, Abt. XIV, JHS, ZAIG sowie die analoge Überlieferung für die BV Berlin des MfS.

Am 11./12.3.2002 wurde mir seitens der zuständigen Sachbearbeiterin mitgeteilt, dass der für den 13.3.2002 vereinbarte Termin zur Akteneinsicht abgesagt werden muss. Es sei völlig unklar, wann ich wieder zur Akteneinsicht kommen könne, unabhängig davon, dass für mich Sachakten und nicht personenbezogene Akten von Bedeutung seien. Da auch in Sachakten Namen erwähnt werden, müsse nun im Zusammenhang mit dem Urteil jede Akte nun geprüft werden. Lediglich Akten über Mitarbeiter, Begünstigte oder über Personen, von denen eine Einwilligungserklärung vorliegt, würden ausgehändigt werden. Am 20.3.2002 wurde mir dasselbe mitgeteilt woeie der Hinweis gegeben, dass die BStU an alle Antragsteller einen Informationsbrief über den Stand der Dinge verschickt habe. Enthalten sei ebenfalls eine Presseerklärung der BStU.

1: Der Umgang mit Selbsttötung in der SBZ/DDR

2: Udo Grashoff, Carl-Robert-Straße 21, 06114 Halle; Betreuer Prof. Dr. Günther Heydemann, Uni Leipzig

3: Untersucht wird die Rezeption suizidalen Verhaltens in der DDR. Schwerpunkte sind Selbsttötung im Kontext oppositioneller politischer Aktivität, in Armee und Gefängnissen, das Verhältnis der SED zu Suizidalität in den eigenen Reihen sowie der so genannte „Wende-Selbstmord“. Parallel dazu wird die Entwicklung von Suizidforschung und –prävention im Gesundheitswesen dargestellt. Es wird herausgearbeitet, wie suizidale Handlungen in der DDR zur Sprache gebracht und bewertet wurden, und welche sozialen Praktiken sich unter den Bedingungen des politisch motivieren Verschweigens entwickelten. An charakteristischen Einzelfällen wird das Ineinandergreifen von lebensgeschichtlichem Scheitern und gesellschaftlichen Verhältnissen herausgearbeitet.

Von Belang für das Forschungsvorhaben sind vor allem folgende Akten:

HA IX/7, HA KuSch, Bereich Disziplinar, einige IM-Akten, operative Vorgänge, operative Personenkontrollen, Abt. XIV (Schulungsmaterial, Statistiken, Dokumentation), HA XX/9, ZA, DSt. Letzte Auskunft von der BStU, Außenstelle Leipzig: Die Recherche (nach einer von mir eingereichten Liste) ist bereits gelaufen, in ca. 6 Wochen kann die Akteneinsicht beginnen, alle Namen werden geschwärzt.

1: Fluchthilfe für DDR-Bewohner nach dem Mauerbau 1961-1989

2: Marion Detjen, Traunsteiner Straße 7, 10487 Berlin

3: Ich habe vor Verkündung des Urteils schon eine Reihe von Akten eingesehen, der Großteil steht allerdings noch aus. Es sind Unterlagen der ZKG, der HA X und VI, aber auch aus anderen Abteilungen. Die aus der Presse bekannten Fluchthilfe-Organisatoren gelten als Personen der Zeitgeschichte, alle sie betreffenden Sachakten wurden mir bisher ungeschwärzt vorgelegt. Dies wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Mein Bearbeiter bei der Bundesbeauftragten, der eigentlich sehr kooperativ ist, hat mir gesagt, dass er angewiesen ist, alle Namen ohne Ausnahme zu schwärzen und Unterlagen, die solchermaßen bearbeitet keinen Sinn mehr ergeben, nicht mehr herauszugeben. Wir sind vorläufig so verblieben, dass ich mich zunächst auf Akten und Vorgänge beschränken werde, für die die Kenntnis von Personen nicht nötig ist. Außerdem werde ich versuchen, Einwilligungen von Fluchthelfern zu bekommen; dies wird in den meisten Fällen aber schwierig sein. Mein Betreuer ist Prof. Steinbach (inzwischen Uni Karlsruhe).

1: Störfälle, Havarien und Umweltunfälle in der DDR ab 1949 bis 1989

2: Michael Zschiesche, Leiter Fachgebiet Umweltrecht & Bürgerbeteiligung, Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

3: Die Bestände der BStU sind von höchstem Interesse für das Thema, da die HA IX für diverse Ereignisse zuständig war und in diesen Unterlagen viele wertvolle Dokumente und Hinweise enthalten sind. Ich arbeite seit 3 Jahren in der BStU und muß davon ausgehen, noch nicht alle relevanten Vorgänge eingesehen zu haben. Dennoch habe ich bereits einen nicht kleinen Teil von Unterlagen gesichtet. Derzeit wurde von Seiten der BStU mitgeteilt, dass meine bestellten und dringend benötigten Kopien (Artikel) sich verzögern würden, wobei nicht sicher ist, wie lange sich dies hinzieht. Für die Zukunft wurde in Aussicht gestellt, kleinteiliger und langwieriger zu prüfen, was die bislang gute, fruchtbare und effektive Zusammenarbeit mit reichlich neuer Bürokratie beladen dürfte.

1: Topographie des Erinnerns an die NS-Zeit. Initiativen in der ostdeutschen Bevölkerung. Eine Analyse von Aushandlungsprozessen in einer Diktatur.

2: Angelika Zahn, Speicherstraße 9, 60347 Frankfurt

3: Ich benötige die Akten des Archivs der Bundesbeauftragten für die Analyse von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen in der früheren DDR am Beispiel von vier Fallstudien:

1. Auseinandersetzungen um den Bau einer Schnellbahn-Trasse durch den jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee 1978 –1988
2. Errichtung eines Mahnzeichens zur Erinnerung an die Ermordung der Juden in Halberstadt 1982
3. Demonstrationen in Dresden an der Ruine der Frauenkirche zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung seit 1982
4. Demonstrationen des „Friedenseminars“ in Zwickau-Königswalde 1988

Der Zugang zu den Gauck-Akten ist für meine Arbeit zentral, allerdings nicht die einzige Grundlage für meine Arbeit. Ein großer Teil der relevanten Materialien befindet sich in Archiven der Kirche, der Gemeinden oder bei den Akteuren. Über die Auswirkungen des Urteils auf meine Forschungen kann ich derzeit keine genaue Auskunft geben. Ich bin mit meiner Bearbeiterin dahingehend übereingekommen, dass ich mich zunächst um Einwilligungserklärungen der Betroffenen bemühe, dann muss die Sachlage neu geklärt werden.

1: Dissertationsprojekt zum Thema: Künstlerische Selbstorganisation und gegeninstitutionelle Wirkungsmacht. Autonome Künstlergruppen und ihr Beitrag zur Ausprägung dissidenter Kulturmilieus in der DDR. Betreuer Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg (Institut für Soziologie, TU Dresden)

2: Claudia Petzold-Kaiser, Lahmannring 10 B, 01324 Dresden

3: Die Unterlagen der BIRTHLER/Gauck-Behörde sind eine Hauptquelle meiner Untersuchung. Aus folgenden Gründen: Einerseits wurden die autonomen Künstlergruppen in der DDR vom MfS zur Erhärtung verschiedenen Straftatbestände (§ 106 staatsfeindliche Hetze, § 107 staatsfeindliche Gruppenbildung) „zersetzt“ und „feindbearbeitet“. Deshalb existieren zu Protagonisten der Gruppen umfangreiche Dossiers, in denen die Repressionsstrategien des SED-Staates und die politische Aufladung ästhetischer Dissidenz signifikant nachvollziehbar werden. Andererseits sind die Unterlagen auch als Registraturen der Gruppengeschichten von Belang, da die vom MfS angefertigten Maßnahmepläne sowie die Eröffnungs- und Endberichte zumeist auf einer stimmigen Eckdatenlage beruhen. Da die Künstlergruppen in der Regel keine Aktionschronik angefertigt haben bzw. die Einzelerinnerungen bisweilen erheblich divergieren, sind v. a. die synthetisierenden Aktenteile (nicht einzelne IM-Berichte) des Staatssicherheitsdienstes nutzbare Quellen für die Rekonstruktion der Gruppengeschichten.

Problemlage durch Urteil: Die von mir Anfang des Jahres begonnene Akteneinsicht in der BStU wurde seitens der Behörde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Der nächste vereinbarte Einsichtstermin, erste April-Woche, wurde abgesagt. In einem Schreiben vom 13. März 2002 bekam ich mitgeteilt, dass geprüft werden müsse, „welche Unterlagen angesichts des ergangenen Urteils noch im Rahmen der Bearbeitung Ihres Antrages zur Verfügung gestellt werden können“. Da seitens der BStU keinerlei Zeitkorridor eröffnet wurde, sind meine Arbeiten derzeit blockiert.

1: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e. V. Marienfelder Allee 66 – 80, 12277 Berlin

2: Herr Arik K. Komets, Stell. Vorsitzender, Herr Gert Rosiejka

3: Seit 1998 erforschen wir unter dem Aktenzeichen AU I.7-032479/98 Z das Thema „Das Notaufnahmelager Marienfelde im Visier der Stasi“. Bis jetzt konnten wir ungefähr 10 000 Seiten von Stasi-Unterlagen sichten und auswerten. Diese Auswertung betrifft primär Unterlagen der Hauptabteilung VII und der Zentralen Koordinierungsgruppe (ZKG). Zu unserem Bedauern sind uns bis zum heutigen Zeitpunkt fast ausschliesslich nur Akten aus den Jahren von ca. 1975 bis 1989 zur Verfügung gestellt worden. Wir haben noch keinen guten Überblick über die Tätigkeiten des MfS gegen das Notaufnahmelager, die sich in den fünfziger und sechziger Jahren abspielten. Wir hätten aber grosses Interesse auch diese Akten zu sichten und auszuwerten. Wir planen das Resultat dieses Forschungsvorhabens in einer Schriftenreihe zu veröffentlichen. Herr Gert Rosiejka unserer Erinnerungsstätte, wie auch der Unterzeichnende bearbeiten dieses Forschungsvorhaben. Wir werden in dieser Sache von Frau Arndt, BStU, betreut.

Das zweite Forschungsvorhaben bezieht sich ausschliesslich auf die Tätigkeit eines hochrangigen IM, Dr. Götz Schlicht, alias Dr. Lutter. Dr. Schlicht war Leiter der Beratungsstelle des Untersuchungsausschusses der freiheitlichen Juristen im Notaufnahmelager von 1957 bis ca. 1969. Dieses Forschungsvorhaben wird unter dem Aktenzeichen AU II.8-004599/02 Z geführt. Gemäß Auskunft der BStU existieren 89 Bände mit einem Aktenbestand von ca. 5 m zu der Tätigkeit dieses IM. Bis jetzt sind uns noch keine Akten zu diesem IM vorgelegt worden. Die Auswertung dieser Akten wird ebenfalls von den oben erwähnten Personen durchgeführt. Wir haben noch keine Kenntnis vom BStU-Betreuer(in), der/die uns in diesem Vorhaben unterstützen wird.

1: Einflussnahme des MfS auf Vorbereitung, Durchführung und Absicherung des Mauerbaus, Ausbau und Absicherung der Grenze bis 1989, Verhinderung von Protest, Flucht und Fluchthilfe

2: Maria Nooke, Dokumentationszentrum Berliner mauer, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

3: Auftrag des Dokumentationszentrum ist es, die Geschichte der Teilung in ihren historisch-politischen Zusammenhängen sowohl lokalgeschichtlich als auch in seiner nationalen und interna-

tionalen Dimension zu dokumentieren. Diese wird sowohl in den im Dokumentationszentrum gezeigten Ausstellungen als auch in der politischen Bildungsarbeit umgesetzt. Das Projekt ist ein wesentlicher Teil der Forschungsarbeit des Dokumentationszentrums, das die Grundlage für die Erarbeitung der Ausstellungs- und Bildungsangebote bildet. Das Projekt ist als langfristiges Projekt angelegt, das den planmäßigen Ausbau des Dokumentationszentrums begleitet. In Absprache mit den Bearbeitern der BStU werden konkrete Teilgebiete, die für die konkreten Arbeitsvorhaben von Bedeutung sind – wie z. B. Absicherung des Mauerbaus, Ausbau der Grenzanlagen, Flucht und Fluchthilfe, Geschichte der Bernauer Straße usw. – recherchiert. Die Herausgabe von Aktenkopien, Fotos, Ton- und Filmmaterialien sind auf Grund der Konzeption des Dokumentationszentrums unerlässlich. Ausgewählte Dokumente werden thematisch aufbereitet den Besuchern in der Ausstellung zugänglich gemacht.

Relevante Bestände der BStU: Sowohl Sachakten aus den unterschiedlichsten Beständen des ehemaligen MfS als auch personenbezogene Akten, die zur Rekonstruktion von Sachverhalten z. B. im Zusammenhang von Flucht, Fluchthilfe, Verhaftungen o. ä. von Bedeutung sind.

Reaktion der BStU: Die Bearbeiterin übt vorerst Zurückhaltung bei der Herausgabe von zahlreichen bereits eingesehenen Aktenkopien. Bisher ist nach ihrer Auskunft noch nicht klar, wie weitreichend Schwärzungen vorgenommen werden müssen. Im Gespräch seien selbst Schwärzungen von Personen der Zeitgeschichte in vom MfS gesammelten Zeitungsausschnitten. Die zur Debatte stehenden Schwärzungen betreffen besonders Akten zum Thema Fluchthilfe, in denen auch zahlreiche Personen der Zeitgeschichte benannt sind. Die Schwärzungen hätten zur Folge, dass Zusammenhänge zwischen Fluchthelfern und Fluchthilfegruppen, aber auch Kommunikationsstrukturen zu bundesdeutschen Institutionen und Politikern nicht mehr nachvollziehbar wären. Konkret ist die Herausgabe der Akten zur „Fluchthilfegruppe Fuchs“ gefährdet. Da Wolfgang Fuchs als Person der Zeitgeschichte bisher nicht geschwärzt wurde, war bisher keine Einverständniserklärung zur Akteneinsicht notwendig. Inzwischen ist er verstorben, eine Einwilligung, die er ohne Probleme gegeben hätte, ist nicht mehr zu erreichen. Die auf das Urteil möglicherweise folgende Praxis hat in diesem Zusammenhang die Folge, dass die strukturellen Zusammenhänge und das Beziehungsgeflecht nicht mehr nachvollziehbar wären.

1: Durchsetzung des DDR-Grenzregimes. Disziplinierungsmaßnahmen bei der Grenzpolizei und den Grenztruppen der DDR vor und nach dem Mauerbau (1952-1965)

2: Dr. des. Gerhard Sälter, Dokumentationszentrum Berliner Mauer, Bernauer Straße 111, 13355 Berlin

3: Das Projekt wird von der Stiftung Aufarbeitung gefördert (FO 091-2002).

Relevante Bestände der BStU:

Sachakten

1. aus der Zeit, als die Grenzpolizei Bestandteil des MfS war (1952 und 1953)
2. Unterlagen der Hauptabteilung VII

3. Unterlagen der Hauptabteilung I und eventuell der Hauptabteilung VI. **Personenakten**
 1. von Offizieren im besonderen Einsatz des MfS bei Grenzpolizei und Grenztruppen
 2. von Informellen Mitarbeitern bei Grenzpolizei und Grenztruppen
 3. von Angehörigen von Grenztruppen und Grenzpolizei, die aufgrund von Ermittlungen des MfS entweder disziplinarische zur Verantwort
 - 4.
 5. ung gezogen wurden oder die zur Aburteilung der Justiz bzw. der Militärjustiz überstellt wurden.

Reaktion der BStU auf den Antrag liegt noch nicht vor.

- 1: **Bausoldaten und Friedliche Revolution - Die Kriegsdienstverweigerungsbewegung in der DDR im Spektrum des politischen Protests.**
- 2: Thomas Widera, M.A. - HANNAH-ARENDE-INSTITUT FÜR TOTALITARISMUSFORSCHUNG e.V. AN DER TU DRESDEN
- 3: Im Zentrum des geplanten Forschungsprojektes stehen die DDR-Bausoldaten als Segment einer Bewegung von Widerstand und politischem Protest, die 1989 in einer friedlichen Revolution die mehr als vierzigjährige "Diktatur des Proletariats" in der DDR beendete, und es soll die These untersucht werden, dass die Bausoldaten Multiplikatoren des Prinzips der Gewaltlosigkeit im politischen Protest in der DDR waren. Bausoldaten und Kriegsdiensttotalverweigerer waren gemeinsam mit ihren Familien, Angehörigen und Freundeskreisen Träger friedensethischer Positionen innerhalb einer umfassend militarisierten Gesellschaftsordnung. Untersucht wird in verschiedenen Längs- und Querschnitten die Frage nach den Wirkungsmechanismen der Verbreitung solcher Gedanken in der DDR.
 Generell kann von einer günstigen Quellenlage ausgegangen werden, weil neben den Akten der *Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)* eine große Zahl wichtiger Unterlagen aus staatlichen und kirchlichen Archiven und den Archiven der regionalen Bürgerbewegungen zugänglich sind. Doch die Einsichtnahme in die Akten der *BStU* ist von grundsätzlicher Bedeutung. Speziell die Unterlagen der Verwaltung 2000 sind für eine Untersuchung zum Thema Bausoldaten wichtig, da Totalverweigerer und Bausoldaten einer intensiven Beobachtung und massiven Bearbeitung durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) unterlagen, weil sie in dessen "Sicherheitshorizont" als besonders bedrohlich wahrgenommen wurden. Bekannt ist, dass neben einer umfassenden Einflussnahme anderer Institutionen das MfS auf sie generell und individuell seine "operativen" Zersetzungsmethoden angewendet hat. Um hierüber eingehendere Informationen zu erhalten ist es auch erforderlich, personenbezogene Aktenvorgänge einzusehen, damit die Tätigkeit von Personen untersucht werden kann, die Inoffizielle Mitarbeiter (IM) waren oder in anderer Form mit dem MfS zusammengearbeitet haben.

Prof. Dr. Alf Lüttke, Institut für Geschichtswissenschaften, Universität Erfurt,
PF 307, 99006 Erfurt

Zu den Folgen des Bundesverwaltungsgerichtsurteils vom 8.3.2002 - über die Verwendung von Informationen über "Personen der Zeitgeschichte, Amtsträger in Ausübung ihres Amtes und Inhaber politischer Funktionen" (§§ 32, 34 Stasi-Unterlagen-Gesetz).

I.

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hat unter dem 8. März 2002 eine Erklärung zum oben genannten Urteil abgegeben. Darin stellt sie fest, dass Informationen zu "Personen der Zeitgeschichte, Amtsträger in Ausübung ihres Amtes und Inhaber politischer Funktionen" - die in den MfS-Akten genannt werden - ab sofort nicht mehr genutzt werden können. Allein zwei Ausnahmen gebe es: sofern die in den Akten Genannten Mitarbeiter des MfS waren - oder wenn ihre ausdrückliche Einwilligung vorliegt.

Wenige Tage später, mit Datum vom 13. März, erhielt ich einen Formbrief der Behörde desselben Inhalts. Eine zusätzliche Qualifizierung findet sich: auch Unterlagen derjenigen, die als "Begünstigte des MfS" gelten stünden weiterhin zur Verfügung. Was das konkret bei einem seit längerem laufenden Projekt bedeutet, will ich mit zwei Beispielen aus den letzten Tagen skizzieren.

II.

Das Projekt "Fleiß, Mühsal Stolz: Arbeit in der SBZ/DDR" untersucht Arbeitsverhalten und die politische Aktionen, mit denen die SED ebenso wie die staatlichen Funktionselemente immer wieder die Arbeitsproduktivität zu steigern suchten; Thema sind zugleich die Bilder und Vorstellungen in den Köpfen der Menschen von "guter" und "schlechter" Arbeit. Zu den Materialien, die ich auswerte, gehören auch Unterlagen des MfS: Berichte über "Havarien" und befürchtete oder tatsächliche Störungen und "Sabotage" ebenso wie IM-Berichte aus einzelnen Betrieben. Diese Recherchen laufen unter dem Projekttitel "Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft in Schwerpunktbetrieben"

1.

Die Recherchen gelten einzelnen Betrieben, Regionen und Wirtschaftszweigen, aber auch Personen in unterschiedlichen Funktionen in Ministerien, der zentralen Plankommission, aber auch einzelnen Betrieben. Da z.B. Betriebsdirektoren ebenso wie die ihnen untergebenen (Haupt-)Abteilungsleiter "staatliche Leiter" waren, unterliegen sie der Bestimmung über die "Amtsträger in Ausübung ihres Amtes". Das heißt z.B. für einen textilverarbeitenden Betrieb im Westen der ehemaligen DDR, dass einer Recherche, in der ein IM über Personen der Leitungsebene des Betrie-

bes berichtet, nicht mehr zugänglich ist bzw. nur so weit geschwärzt, dass keinerlei Rückschlüsse auf Personen und damit auch Funktionen mehr möglich sind.

Unzugänglich wird das gesamte Material, das einzelne Vorgänge benennt. Da ist zum Beispiel ein anonymes Brief aus den 1980er Jahren, den Mitarbeiterinnen an einen neu eingesetzten Betriebsdirektor richteten - der zugleich IM war. Hier greift das Urteil nicht. Aber: in diesem Brief wird detailliert über seinen Vorgänger geklagt. Die Schreiberinnen berichten über konkrete Einzelfälle aus dem betrieblichen Alltag. Diese aber sind zentral für eine Frage, wie ich sie untersuche - und für die 1980er Jahre sonst selten dokumentiert! Da der Name des bisherigen Direktors aus seiner Funktion erkennbar sein könnte, unterliegt auch dieses Einzelstück der Akte der Nichtvorlage.

2.

Ein zweiter Fall: Im Rahmen der Recherchen ist in IM-Berichten aus den 1960er Jahren ein "Verdienter Techniker" aus dem Sächsischen aufgetaucht. Er hat eine ganze Reihe von zeitgenössisch kostensparenden Erfindungen gemacht - in den IM-Berichten ausführlich erwähnt oder beschrieben. Für meine Frage ist das deshalb wichtig, weil er als Komplementär einen kleinen Betrieb weiterführte bzw. in dieser Rolle sogar für seine erfinderisch-tüftlerischen Energien noch mehr Möglichkeiten als vermutlich zuvor hatte. Auch hier ist der Name zum Finden bzw. zum Kenntlichmachen unerlässlich. Die Person ist wahrscheinlich inzwischen verstorben - hier tut sich eine weitere Lücke auf: Niemand kann sagen, wie mit dem Personenschutzrechten Verstorbener umzugehen ist. Die Vermutung liegt nahe, dass solche Akten auf Dauer unzugänglich bleiben werden.

Natürlich gibt es vielfach parallele Überlieferungen in den Akten der Ministerien, der SED sowie der Blockparteien und der "Massenorganisationen". Diese sind bekanntlich laut Einigungsvertrag uneingeschränkt für die Forschung zugänglich. Zu fordern ist, dass eine Parallelregelung insbesondere für Amtsträger in Ausübung ihres Amtes geschaffen wird.